

Allgemeine Bedingungen für die Beschaffung der Naue GmbH & Co. KG (im nachfolgenden: "AEB")

§ 1 Geltung unserer AEBs

1. Diese AEBs gelten für alle ab dem 01.08.2024 abgeschlossenen Verträge über die Lieferung beweglicher Sachen („Ware“), sowie für die Beschaffung sonstiger Leistungen, beispielsweise Werk- oder Dienstleistungen („Leistungen“). Zusätzlich übernommene Pflichten lassen die Geltung dieser AEBs unberührt.
2. Unsere AEBs gelten ausschließlich; entgegenstehende oder von unseren AEBs oder von den gesetzlichen Bestimmungen abweichende Bedingungen des Lieferanten erkennen wir nicht an, es sei denn, wir haben ausdrücklich schriftlich ihrer Geltung zugestimmt. Unsere AEBs gelten auch dann, wenn wir in Kenntnis entgegenstehender oder von unseren AEBs abweichender Bedingungen des Lieferanten die Lieferung/Leistung des Lieferanten vorbehaltlos annehmen, vorbehaltlos unsere Zahlung erbringen oder etwaigen vertraglichen (Neben-)Pflichten nachkommen.
3. Unsere AEBs gelten nur, wenn der Lieferant Unternehmer (§ 14 BGB), eine juristische Person des öffentlichen Rechts oder ein öffentlich-rechtliches Sondervermögen ist.
4. Hinweise auf die Geltung gesetzlicher Vorschriften haben nur klarstellende Bedeutung. Auch ohne eine derartige Klarstellung gelten daher die gesetzlichen Vorschriften, soweit sie in diesen AEBs nicht unmittelbar abgeändert oder ausdrücklich ausgeschlossen werden.
5. Ergänzend zu diesen AEBs erwarten wir von unserem Lieferanten, dass er sich an die inhaltlichen Vorgaben unseres Code of Conduct für Geschäftspartner der Gesellschaften der Naue-Unternehmensgruppe hält, der unter folgendem Link zu finden ist: <https://www.naue.com/de/info-center/downloads/document-center/>. Alternativ können Sie die jeweils aktuelle Version des Code of Conduct für Geschäftspartner der Gesellschaften der Naue-Unternehmensgruppe bei Ihrem Ansprechpartner in unserem Einkauf anfordern.

§ 2 Angebot und Vertragsabschluss; Inhalt des Vertrages

1. Bestellungen erfolgen durch uns stets schriftlich; mündliche oder telefonische Bestellungen bedürfen der schriftlichen Bestätigung. Auf offensichtliche und für den Lieferanten erkennbare Irrtümer (z. B. Schreib- und Rechenfehler) und für ihn erkennbare Unvollständigkeiten der Bestellung einschließlich der Bestellunterlagen hat uns der Lieferant zum Zwecke der Korrektur bzw. Vervollständigung vor Annahme hinzuweisen. Bestehen bezüglich unserer Bestellung für den Lieferanten Unklarheiten, ist der Lieferant verpflichtet, diese vor Vertragsschluss mit uns zu klären.
2. Unsere Bestellung ist ein bindendes Angebot. Der Lieferant kann dieses Angebot nach seiner Wahl innerhalb von 5 Werktagen durch Zusendung einer schriftlichen Auftragsbestätigung annehmen oder dadurch, dass er uns die bestellte Ware anliefert/die bestellte Leistung erbringt.
3. Der Lieferant ist bereits vor einem Vertragsabschluss dazu verpflichtet, uns schriftlich zu informieren, wenn
 - die zu liefernde Ware nicht für die mit ihm vereinbarte oder ihm bekannte oder für ihn erkennbare Verwendung geeignet ist,
 - mit der Verwendung der Ware besondere Risiken oder ungewöhnliche Schadensfolgen verbunden sein können, die er kennt oder kennen müsste, sowie

- mit dem Weiterverkauf der Ware durch uns im In- und/oder Ausland Patente, Lizenzen oder sonstige Schutzrechte Dritter verletzt werden könnten.

Entsprechendes gilt für den Fall, dass keine Ware geliefert wird, sondern eine Leistung zu erbringen ist.

4. Alle Vereinbarungen, die zwischen uns und dem Lieferanten zwecks Ausführung des Vertrages zum Zeitpunkt des Abschlusses des Vertrages getroffen werden, sind in dem Vertrag und diesen AEBs schriftlich niedergelegt.
5. An von uns dem Lieferanten zur Verfügung gestellten Bestellinformationen (dies umfasst z. B. Abbildungen, Zeichnungen, Kalkulationen, Muster, Modelle und sonstige Unterlagen, sowie sämtliche andere Informationen verkörperter und nicht verkörperter Art) behalten wir uns sämtliche Eigentums- und Urheberrechte vor. Dies gilt insbesondere für solche Informationen, die als "vertraulich" bezeichnet sind. Sie sind ausschließlich für die Fertigung der von uns bestellten Ware zu verwenden; verkörperte Informationen sind uns nach Bestellabwicklung unaufgefordert zurückzugeben. Vor der Weitergabe der Informationen an Dritte bedarf der Lieferant unserer ausdrücklichen, schriftlichen Zustimmung.

§ 3 Preise, Zahlungsbedingungen, Zahlungsverzug

1. Die in der Bestellung ausgewiesenen Preise sind bindend. Eine Erhöhung, gleich aus welchem Grund, ist unzulässig, es sei denn, wir haben dazu unsere schriftliche Einwilligung erteilt. Der ausgewiesene Preis versteht sich als Nettopreis, so dass die jeweils gültige Umsatzsteuer gesondert ausgewiesen wird.
2. Der vereinbarte Preis schließt die Kosten für die Lieferung, den Transport und die für den Transport ordnungsgemäße Verpackung mit ein. Bei Bestellung von Leistungen sind die Wegezeiten etc. auch mit im Preis eingeschlossen. Etwaige Verpackung ist vom Lieferanten auf seine Kosten zurückzunehmen und auf seine Kosten zu entsorgen. Auf Wunsch des Lieferanten werden wir das Verpackungsmaterial auf seine Kosten entsorgen.
3. Der vereinbarte Preis ist innerhalb von 30 Kalendertagen ab vollständiger Lieferung und Leistung (einschließlich einer gegebenenfalls vereinbarten Abnahme) sowie Zugang einer ordnungsgemäßen Rechnung zur Zahlung fällig. Die Rechnung muss die Lieferantenummer, die Lieferanten-USt-Id.-Nummer sowie die Nummer und das Datum der Bestellung angeben. Bei der Lieferung von Waren ist zudem die Abladestelle, die Nummer und das Datum des Lieferscheins und die Menge der berechneten Ware anzugeben; bei der Erbringung von Leistungen ist der Rechnung ggfs. eine Kopie des/r Stundenzettel/s beizufügen. Wenn wir die Zahlung innerhalb von 14 Kalendertagen nach dem nach § 3 Nr. 3 Satz 1 dieser AEBs maßgeblichen Termin des Beginns der Frist zur Fälligkeit leisten, gewährt uns der Lieferant 2 % Skonto auf den in der Rechnung ausgewiesenen Bruttobetrag. Bei Banküberweisung ist die Zahlung rechtzeitig erfolgt, wenn die Überweisung vor Ablauf der Zahlungsfrist ausgeführt wird; der Zahlungseingang beim Lieferanten ist nicht maßgeblich.
4. Fälligkeitszinsen nach § 353 HGB werden von uns nicht geschuldet.
5. Für den Zahlungsverzug gelten ansonsten die gesetzlichen Vorschriften.

§ 4 Aufrechnung, Zurückbehaltungsrecht, Abtretungsverbot

1. Aufrechnungs- und Zurückbehaltungsrechte stehen dem Lieferanten nur zu, wenn seine Gegenansprüche rechtskräftig festgestellt, unbestritten oder von uns anerkannt sind oder auf demselben Vertragsverhältnis beruhen.

2. Vorbehaltlich § 354a HGB ist der Lieferant ohne unsere vorherige schriftliche Zustimmung nicht berechtigt, seine Forderung gegen uns abzutreten oder mit Rechten Dritter zu belasten.
3. Aufrechnungs- und Zurückbehaltungsrechte sowie die Einrede des nicht erfüllten Vertrages stehen uns in gesetzlichem Umfang zu. Wir sind insbesondere berechtigt, fällige Zahlungen zurückzuhalten, solange uns noch Ansprüche aus unvollständigen oder mangelhaften Lieferungen/Leistungen gegen den Lieferanten zustehen. Zahlungen erfolgen unter Vorbehalt und berühren die Gewährleistungspflicht des Lieferanten nicht.

§ 5 Lieferung, Lieferzeit, Gefahrübergang, Verzugsfolgen

1. Sofern keine andere Liefermodalität vereinbart ist, erfolgt die Lieferung von Ware DDP Incoterms 2020 an der in unserer Bestellung bezeichneten Lieferanschrift, oder, sofern in der Bestellung keine Lieferanschrift genannt ist, DDP Gewerbestraße 2, 32339 Espelkamp, Deutschland. Ist mit dem Lieferanten abweichend von § 5 Nr. 1 S. 1 dieser AEBs als Liefermodalität „frei Haus“, „frei Baustelle“ oder Ähnliches vereinbart, ist vorbehaltlich einer eindeutigen anderweitigen Auslegung diese Klausel so zu verstehen, dass die Lieferung erst mit dem Eintreffen der Ware am Zielort abgeschlossen ist. Ist Belieferung „ab Werk“ vereinbart, hat der Lieferant die Ware unter Berücksichtigung der üblichen Zeit für Verladung und Versand rechtzeitig bereit zu stellen. Für die Erbringung von Leistungen gilt Entsprechendes.
2. Vereinbarte Termine und Fristen sind verbindlich. Wenn die Liefer-/Leistungszeit in der Bestellung nicht angegeben und auch nicht anderweitig vereinbart wurde, hat die Lieferung/Leistung durch den Lieferanten nach § 271 BGB sofort zu erfolgen, soweit sich nicht aus den Umständen etwas anderes ergibt.
3. Im Falle eines Fixgeschäftes bedarf es beim Überschreiten des Liefertermins entgegen § 376 Abs. 1 Satz 2 HGB keiner Anzeige von uns, dass wir auf Erfüllung bestehen, um unseren Erfüllungsanspruch aufrechtzuerhalten. Das Fortbestehen unseres Erfüllungsanspruchs lässt ein uns nach den gesetzlichen Vorschriften uneingeschränkt zustehendes Rücktrittsrecht unberührt.
4. Der Lieferant ist verpflichtet, uns sämtliche, die Ware bzw. die Leistungen betreffenden Dokumente (z. B. Garantiescheine, Prüfzeugnisse, Gebrauchsanweisungen, Einbauanleitungen, Werksprüfzeugnisse, Datenblätter und Sicherheitsdatenblätter) unentgeltlich spätestens bei Lieferung der Ware bzw. Erbringung seiner Leistung zu übergeben und zu übereignen.
5. Besteht die Leistung in der Erstellung von Planungen/Zeichnungen etc. (nachfolgend „Arbeitsergebnissen“), stehen uns an den Arbeitsergebnissen unentgeltliche (da im Rahmen der Vereinbarung der Gesamtvergütung berücksichtigte), unwiderrufliche, unterlizenzierbare und übertragbare Nutzungsrechte in allen bekannten und unbekannten Nutzungsarten zu, die inhaltlich, räumlich und zeitlich unbeschränkt sind. Wir sind zudem berechtigt, die Arbeitsergebnisse ganz oder in Teilen zu verwerten, zu vervielfältigen, zu verbreiten, sie zu verändern, weiterzuentwickeln und die vorgenannten Tätigkeiten durch Dritte ausführen zu lassen.
6. Arbeitsergebnisse, die der Lieferant individuell für uns angefertigt hat oder von Seiten Dritter hat anfertigen lassen („individuelle Arbeitsergebnisse“) gehen im Rahmen der Leistungserbringung ohne weitere Bedingung und ohne zusätzliches Entgelt auf uns über. Sollte deren Übertragung rechtlich nicht möglich sein, erteilt der Auftragnehmer dem Auftraggeber hieran ein ausschließliches, zeitlich, räumlich und inhaltlich unbeschränktes, übertragbares, unterlizenzierbares, unwiderrufliches und kostenfreies Nutzungsrecht.
7. Sofern die zu erbringende Leistung/Lieferung (auch) Software beinhaltet, ist uns – in Ermangelung einer abweichenden Vereinbarung – auch der Quellcode zu übergeben.

8. Der Lieferant ist zu Teillieferungen nur mit unserer ausdrücklichen Einwilligung berechtigt. Bei Teillieferung ist die verbleibende Restmenge im Lieferschein aufzuführen. Zu vorzeitigen Lieferungen ist der Lieferant ebenfalls nur mit unserer ausdrücklichen Einwilligung berechtigt.
9. Wenn die Lieferung an unseren Kunden durch den Lieferanten im Streckengeschäft erfolgt, behalten wir uns vor, dem Lieferanten besondere Prozessanweisungen vor Abwicklung zu machen. Ferner sind wir vom Lieferanten durch schriftliche Versandanzeige (unter Beifügung von Lieferschein und Rechnung) unmittelbar nach Warenabgang zu benachrichtigen.
10. Der Gefahrübergang erfolgt mit der Lieferung-/Leistungserbringung. Soweit eine Abnahme vereinbart ist, die über die Abnahme nach § 433 Abs. 2 BGB hinausgeht, ist abweichend von § 3 Nr. 7 Satz 1 dieser AEBs diese für den Gefahrübergang maßgebend. Auch im Übrigen gelten bei einer derart vereinbarten Abnahme die gesetzlichen Vorschriften des Werkvertragsrechts entsprechend.
11. Der Lieferant hat uns unverzüglich zu benachrichtigen, wenn absehbar ist, dass der vereinbarte Liefertermin oder die vereinbarte Frist nicht eingehalten werden können. Eine solche Mitteilung entbindet den Lieferanten nicht von seiner rechtzeitigen Liefer-/Leistungspflicht und lässt die uns aufgrund einer verspäteten Lieferung/Leistung entstehenden Rechte unberührt.
12. Ohne dass damit eine Einschränkung sonstiger Benachrichtigungspflichten verbunden ist, hat uns der Lieferant die Lieferung bzw. Leistungserbringung mit angemessenem Zeitvorlauf schriftlich anzukündigen. Ist eine Leistungserbringung bzw. Präsenz des Lieferanten an einem unserer Standorte erforderlich, so hat der Lieferant und die für ihn tätigen Mitarbeiter und Beauftragten die Inhalte unserer „Unterweisung für Fremdfirmen“ zu beachten, die der Bestellung beiliegt. Sollte die Unterweisung der Bestellung nicht beiliegen, ist der Lieferant verpflichtet, diese bei seinem Ansprechpartner in unserem Einkauf anzufragen.
13. Lässt sich der Tag, an dem die Lieferung/Leistung spätestens zu erfolgen hat, aufgrund des Vertrages bestimmen, so kommt der Lieferant, wenn bis dahin die Lieferung/Leistung nicht erfolgt ist, mit Ablauf dieses Tages in Verzug, ohne dass es hierfür einer Mahnung unsererseits bedarf. Die sonstigen gesetzlichen Regelungen nach § 286 Abs. 2 Nr. 2 bis 4 BGB, unter deren Voraussetzung es einer Mahnung für den Verzug nicht bedarf, bleiben unberührt.
14. Im Falle des Lieferverzugs stehen uns die gesetzlichen Ansprüche uneingeschränkt zu, einschließlich des Rücktrittsrechts und des Anspruchs auf Schadensersatz statt der Leistung nach fruchtlosem Ablauf einer angemessenen Nachfrist, sofern eine solche Nachfrist nicht nach Maßgabe dieser AEBs und/oder der gesetzlichen Regelungen entbehrlich ist. Die Regelungen in § 5 Nr. 15 dieser AEBs bleiben unberührt. Dem Lieferanten ist bekannt, dass auch kurzfristige Lieferverzögerungen zu Produktionsausfällen bei uns führen können. Da wir unsere Kunden just in time beliefern, können auch geringfügige Lieferverzögerungen erhebliche Schadenersatz- und/oder Vertragsstrafenansprüche unserer Kunden auslösen, für die letztlich der Lieferant im Wege des Regresses einstehen muss. Diese Regelung gilt entsprechend im Falle der Leistungserbringung.
15. Ist der Lieferant im Verzug, können wir, neben weitergehenden gesetzlichen Ansprüchen, pauschalierten Ersatz unseres Verzugsschadens in Höhe von 0,5 % des Nettokaufpreises der nicht oder zu spät gelieferten Ware pro angefangene Kalenderwoche verlangen, pauschalisiert insgesamt jedoch nicht mehr als 5 % des Nettokaufpreises der nicht oder zu spät gelieferten Ware. Uns bleibt der Nachweis vorbehalten, dass uns ein höherer Schaden entstanden ist. Dem Lieferanten bleibt der Nachweis vorbehalten, dass überhaupt kein oder nur ein geringerer Schaden entstanden ist. Der pauschalisierte Schadensersatz nach § 5 Nr. 15 dieser AEBs ist auf den Verzugsschadenersatzanspruch anzurechnen.
16. Unser Erfüllungsanspruch erlischt erst, wenn der Lieferant den von uns wahlweise geltend gemachten Schadensersatzanspruch statt der ganzen Leistung vollständig erfüllt hat.

17. Wir sind berechtigt, die Abnahme der Ware nach § 433 Abs. 2 BGB zu verweigern, soweit und solange Hinderungsgründe eintreten, die wir nicht zu vertreten haben. Geraten wir in Abnahmeverzögerung, stehen dem Lieferanten keine pauschalisierten Schadensersatzansprüche gegen uns zu. Entsprechendes gilt im Falle der Leistungserbringung.

§ 6 Ausgangsuntersuchung durch den Lieferanten; Benachrichtigungspflicht

1. Um Folgeschäden aus der Lieferung mangelhafter Waren möglichst zu verhindern, ist der Lieferant verpflichtet, die Ware vor Lieferung auf Mängel, die durch eine ordnungsgemäße Untersuchung erkennbar sind, zu untersuchen. Der Lieferant ist verpflichtet, das Ergebnis dieser Ausgangsuntersuchung schriftlich festzuhalten und uns auf Nachfrage zu übermitteln. Entsprechendes gilt für den Fall, dass der Lieferant im Falle der Leistungserbringung von ihm beschaffte Materialien einsetzt.
2. Fällt dem Lieferanten nach der Lieferung/Leistungserbringung auf, dass die Ware/Leistung mangelhaft ist, ist er verpflichtet, uns über diesen Mangel unverzüglich schriftlich zu benachrichtigen. Dies gilt selbst dann, wenn der Mangel keinen Anlass für eine deliktisch und/oder produkthaftungsrechtlich begründete Warnung oder einen deliktisch und/oder produkthaftungsrechtlich begründeten Rückruf bietet.

§ 7 Sach- und Rechtsmängel

1. Ungeachtet davon, wie der Sachmangel gesetzlich definiert ist, ist die Ware/Leistung sachmangelhaft, wenn sie im Zeitpunkt des Gefahrübergangs/der Abnahme
 - von der vereinbarten und/oder üblichen Beschaffenheit abweicht;
 - von der vereinbarten und/oder bekannten und/oder erkennbaren und/oder üblichen Verwendungseignung abweicht;
 - nicht die gesetzlichen und/oder sonstigen rechtlichen Anforderungen erfüllt, die eingehalten werden müssen, wenn die Ware in Deutschland weiterverkauft wird;
 - die Ware/Leistung von anerkannten Regeln der Technik, den jeweils geltenden Regeln für die Produktsicherheit (insbesondere denen des Produktsicherheitsgesetzes), anwendbarer DIN-Normen und/oder anwendbarer EU-Normen abweicht und/oder nicht nach deren Maßgabe hergestellt wurde; und/oder
 - fehlerhaft im Sinne des Produkthaftungsgesetzes ist.
2. Der Lieferant hat für seine Lieferung den neusten Stand von Wissenschaft und Technik, die vereinbarten Spezifikationen, Angaben auf Datenblättern, Produktbeschreibungen und Anforderungen von Rückstellmustern und sonstige angegebenen technischen Daten einzuhalten. Er muss ein entsprechendes Qualitätsmanagementsystem einrichten und nachweisen.
3. Die Ware ist rechtsmangelhaft, wenn sie im Zeitpunkt des Gefahrübergangs nicht den Anforderungen nach § 12 Nr. 1 dieser AEBs genügt. Im Übrigen richtet sich die Rechtsmangelhaftigkeit von Waren nach § 435 BGB.
4. Im Falle der Leistungserbringung gelten bzgl. der Frage der Mangelhaftigkeit die entsprechenden gesetzlichen Regelungen, beispielsweise bei Werkverträgen die des Werkvertragsrechts.

§ 8 Mängeluntersuchung, Haftung bei Mängeln

1. Für die kaufmännischen Untersuchungs- und Rügeobliegenheit gelten die gesetzlichen Vorschriften mit der folgenden Maßgabe: Wir sind verpflichtet, die Ware innerhalb angemessener Frist im Hinblick auf typische Abweichungen tatsächlicher Natur in Art, Menge, Qualität und Verpackung

der gelieferten Ware zu untersuchen. Die Untersuchungsmethode ist auf die bei uns übliche Untersuchungsmethode beschränkt. Die Hinzuziehung Dritter ist nicht erforderlich, ebenso wenig eine Untersuchung auf die chemische Zusammensetzung. Die Rüge ist rechtzeitig, sofern sie innerhalb von 10 Arbeitstagen, gerechnet ab Wareneingang oder bei versteckten Mängeln ab Entdeckung, beim Lieferanten eingeht. Die Rüge kann mündlich erfolgen. Eine Rüge durch uns ist nicht erforderlich, soweit der Lieferant den Mangel insbesondere aufgrund seiner Ausgangsuntersuchung nach § 6 Abs. 1 dieser AEBs kannte oder hätte kennen müssen.

2. Für unsere Rechte bei Sach- und Rechtsmängel der gelieferten Ware bzw. erbrachter Leistungen gelten die gesetzlichen Vorschriften, soweit in diesen Bedingungen nichts Abweichendes geregelt ist; in jedem Fall sind wir bei Geltung des Kaufvertragsrechts berechtigt, vom Lieferanten nach unserer Wahl Mangelbeseitigung oder Lieferung einer neuen Sache zu verlangen. Bei Anwendung von Werkvertragsrecht ergeben sich die Rechte wegen Mängeln aus §§ 634 ff. BGB. Kommt der Lieferant seiner Verpflichtung zur Nacherfüllung nicht innerhalb einer von uns gesetzten angemessenen Frist nach, sind wir berechtigt, den Mangel selbst zu beseitigen und vom Lieferanten den Ersatz der erforderlichen Aufwendungen und einen entsprechenden Vorschuss zu verlangen. Das Recht auf Rücktritt, Minderung und Schadensersatz, insbesondere das auf Schadensersatz statt der Leistung, bleibt ausdrücklich vorbehalten.
3. Einer Nachfristsetzung zur Nacherfüllung bedarf es nicht, wenn der Lieferant die Lieferung/Leistung ernsthaft und endgültig verweigert oder wenn besondere Umstände vorliegen, die unter Abwägung der beiderseitigen Interessen die sofortige Geltendmachung des Schadensersatzanspruchs rechtfertigen.
4. Einer Nachfristsetzung bedarf es vor einem Rücktritt nicht, wenn
 - der Lieferant die Lieferung/Leistung ernsthaft und endgültig verweigert, oder
 - der Lieferant die Lieferung/Leistung bis zu einem im Vertrag bestimmten Termin oder innerhalb einer im Vertrag bestimmten Frist nicht bewirkt, obwohl die termin- oder fristgerechte Leistung nach einer Mitteilung von uns an den Lieferanten vor Vertragsschluss oder auf Grund anderer den Vertragsabschluss begleitenden Umstände für uns wesentlich ist, oder
 - im Falle einer nicht vertragsgemäß erbrachten Lieferung/Leistung besondere Umstände vorliegen, die unter Abwägung der beiderseitigen Interessen den sofortigen Rücktritt rechtfertigen.
5. Die zum Zwecke der Prüfung und Nacherfüllung aufgewendeten Kosten trägt der Lieferant auch dann, wenn sich herausstellt, dass tatsächlich kein Mangel vorlag. Unsere Haftung auf Schadensersatz bei unberechtigtem Mängelbeseitigungsverlangen bleibt unberührt. Wir haften jedoch insoweit nur, wenn wir erkannt oder grob fahrlässig nicht erkannt haben, dass kein Mangel vorlag, wir aber gleichwohl Nacherfüllung verlangt haben.
6. Ist der Lieferant ein Zwischenhändler für die betroffene Ware, so kann er sich nicht nach § 280 Abs. 1 Satz 2 BGB entlasten, wenn er aufgrund der ihn nach § 377 HGB gegenüber seinem Lieferanten treffenden Untersuchungspflicht den Mangel erkannt hat oder hätte erkennen können, jedoch die Ware gleichwohl an uns geliefert hat.

§ 9 Verjährung

1. Die Ansprüche des Lieferanten gegen uns verjähren nach den gesetzlichen Vorschriften.
2. Unsere Ansprüche gegen den Lieferanten verjähren nach den gesetzlichen Vorschriften, soweit nicht nachfolgend in § 9 Nr. 3 bis Nr. 5 dieser AEBs etwas Abweichendes bestimmt ist. In allen Fällen, auch wenn dies nachfolgend nicht gesondert erwähnt wird, unberührt bleibt aber die Sondervorschrift nach § 445 b BGB (Verjährung von Rückgriffsansprüchen).

3. Abweichend von § 438 Abs. 1 Nr. 3 BGB beträgt die dort geregelte Verjährungsfrist für Gewährleistungsansprüche wegen Sachmängeln an Waren drei (3) Jahre ab Gefahrübergang. Soweit eine Abnahme vereinbart ist, die über die Abnahme nach § 433 Abs. 2 BGB hinausgeht, beginnt die Verjährung jedoch erst mit der Abnahme.
Im Falle der Leistungserbringung gelten bzgl. der Frage der Verjährung der Mängelansprüche die entsprechenden gesetzlichen Regelungen, beispielsweise bei Werkverträgen die des Werkvertragsrechts.
4. Abweichend von § 438 Abs. 1 Nr. 3 BGB beträgt die dort geregelte Verjährungsfrist für Gewährleistungsansprüche wegen Rechtsmängeln an Waren fünf (5) Jahre; die gesetzliche Verjährungsfrist für dingliche Herausgabeansprüche Dritter nach § 438 Abs. 1 Nr. 1 BGB bleibt jedoch unberührt. Abweichend von § 9 Nr. 4 Satz 1 dieser AEBs verjähren Ansprüche aus Rechtsmängeln in keinem Fall, solange der Dritte das Recht, insbesondere mangels Verjährung, noch gegen uns geltend machen kann.
5. Die Verjährungsfristen des Kaufrechts einschließlich vorstehender Verlängerungen gelten, im gesetzlichen Umfang, für alle vertraglichen Mängelansprüche, die beim Bezug von Waren entstehen können. Soweit uns wegen eines Mangels auch außervertragliche Schadensersatzansprüche zustehen, gilt hierfür die regelmäßige gesetzliche Verjährung nach §§ 195, 199 BGB, soweit nicht die Anwendung der Verjährungsfristen des Kaufrechts einschließlich vorstehender Verlängerungen im Einzelfall zu einer längeren Verjährungsfrist führt. Entsprechendes gilt im Falle der Leistungserbringung.

§ 10 Lieferantenregress

Unsere Rückgriffsansprüche nach § 445 a BGB (unser Rückgriff gegen den Lieferanten für den Fall, dass wir im Verhältnis zu unseren Kunden Aufwendungen im Rahmen der Nacherfüllung tragen müssen) und § 478 BGB (Sonderbestimmung für den Unternehmerregress im Falle eines Verbrauchsgüterkaufs) stehen uns neben den Mängelansprüchen uneingeschränkt zu. Wir sind insbesondere berechtigt, genau die Art der Nacherfüllung (Nachbesserung oder Ersatzlieferung) vom Lieferanten zu verlangen, die wir unserem Abnehmer im Einzelfall schulden. Unser gesetzliches Wahlrecht (§ 439 Abs. 1 BGB) wird hierdurch nicht eingeschränkt.

§ 11 Produkthaftung, Freistellung, Haftpflichtversicherungsschutz

1. Soweit der Lieferant für einen Produkt- und/oder Personenschaden verantwortlich ist, ist er verpflichtet, uns insoweit von Schadensersatzansprüchen Dritter auf erstes Anfordern freizustellen, als die Ursache in seinem Herrschafts- und Organisationsbereich gesetzt ist und er im Außenverhältnis selbst haftet.
2. Im Rahmen seiner Haftung für Schadensfälle im Sinne von § 11 Nr. 1 dieser AEBs ist der Lieferant auch verpflichtet, etwaige Aufwendungen zu erstatten, die sich aus oder im Zusammenhang mit einer von uns durchgeführten Rückrufaktion ergeben. Über Inhalt und Umfang der durchzuführenden Rückrufmaßnahmen werden wir den Lieferanten, soweit möglich und zumutbar, unterrichten und ihm Gelegenheit zur Stellungnahme geben. Unberührt bleiben unsere sonstigen gesetzlichen Ansprüche.
3. Der Lieferant verpflichtet sich, eine Produkthaftpflichtversicherung mit einer Deckungssumme von mindestens zehn (10) Millionen EUR pro Personenschaden/Sachschaden (pauschal) zu unterhalten. Die Schadensersatzpflicht des Lieferanten wird dadurch jedoch nicht begrenzt.

§ 12 Schutzrechte

1. Der Lieferant hat die Waren/Leistungen frei von Rechten Dritter zu liefern/zu erbringen. Insbesondere dürfen weltweit durch die Lieferung und/oder Benutzung der Liefergegenstände bzw. der Leistungen, Patente, Lizenzen oder sonstige Schutzrechte Dritter nicht verletzt werden.
2. Werden wir von Dritten wegen der Verletzung von Rechten Dritter nach § 12 Nr. 1 dieser AEBs in Anspruch genommen, stellt uns der Lieferant, ohne Verzicht auf unsere weitergehenden Schadensersatzansprüche, von diesen Ansprüchen frei. Die Freistellungspflicht des Lieferanten bezieht sich auf alle Aufwendungen, die uns aus oder im Zusammenhang mit der Inanspruchnahme durch einen Dritten erwachsen.
3. Diese Haftungs- und Freistellungspflicht des Lieferanten entfällt, soweit die Lieferungen ausschließlich nach unseren Modellen, Abbildungen, Zeichnungen, Plänen oder sonstigen Unterlagen erfolgt sind und er nicht weiß oder wissen musste, dass die Herstellung der Ware bzw. die Erbringung der Leistung aufgrund unserer Modelle, Abbildungen, Zeichnungen, Plänen und/oder sonstigen Unterlagen eine Verletzung von Schutzrechten darstellt.

§ 13 Unsere Haftung gegenüber dem Lieferanten auf Schadenersatz

1. Unsere Haftung für Schäden des Lieferanten tritt nur ein, wenn der Schaden
 - a. durch schuldhafte Verletzung einer Pflicht, deren Erfüllung die ordnungsgemäße Durchführung des Vertrages überhaupt erst ermöglicht und auf deren Einhaltung der Lieferant regelmäßig vertrauen darf (wesentliche Vertragspflicht), verursacht worden oder
 - b. auf eine grob fahrlässige oder vorsätzliche Pflichtverletzung zurückzuführen ist.
2. Haften wir gemäß § 13 Nr. 1 dieser AEBs für die Verletzung einer wesentlichen Vertragspflicht, ist unsere Schadensersatzhaftung auf den bei Vertragsschluss vorhersehbaren, typischerweise eintretenden Schaden begrenzt.
3. Die vorstehenden in § 13 Nr. 1 und Nr. 2 dieser AEBs genannten Haftungsbeschränkungen gelten nicht für die Haftung für Schäden aus der schuldhaften Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit sowie für Schäden, die auf einer grob fahrlässigen oder einer vorsätzlichen Pflichtverletzung beruhen.

§ 14 Beistellungen

1. Soweit wir Teile und/oder sonstige Materialien beim Lieferanten beistellen, ist dieser verpflichtet, die von uns beigestellten Teile und/oder sonstige Materialien auf deren Eignung zu prüfen, diese sachgerecht zu behandeln und zwischenzulagern. Jegliche Verbindung, Verarbeitung und Vermischung der Teile und Materialien erfolgt für uns mit der Folge, dass wir das Miteigentum an der neuen Sache im Verhältnis des Wertes unserer Sache zu den anderen Gegenständen zur Zeit der Verbindung, Verarbeitung oder Vermischung erwerben.
2. Werkzeuge, Vorrichtungen, Modelle, Teile und sonstige Materialien, die wir dem Lieferanten zur Verfügung stellen oder die zu Vertragszwecken gefertigt und uns durch den Lieferanten gesondert berechnet werden, bleiben in unserem Eigentum oder gehen in unser Eigentum über. Sie sind durch den Lieferanten als unser Eigentum kenntlich zu machen, sorgfältig zu verwahren, auf seine Kosten gegen Feuer-, Wasser- und Diebstahlschäden zum Neuwert abzusichern und nur für Zwecke des Vertrages zu benutzen.

§ 15 Geheimhaltung

Der Lieferant ist verpflichtet, die schriftlichen und mündlichen Informationen, die wir ihm im Zusammenhang mit diesem Vertrag bekannt geben und/oder die ihm anderweitig bekannt werden,

geheim zu halten. Die Geheimhaltungspflicht bezieht sich insbesondere auch auf die in § 2 Abs. 5 dieser AEBs genannten Bestellunterlagen, sofern diese ausdrücklich als vertraulich oder ähnlich gekennzeichnet sind oder aufgrund ihres Inhalts vernünftigerweise als geheimhaltungsbedürftig anzusehen sind. Dem Lieferanten ist es untersagt, unsere Produkte oder Gegenstände durch Beobachten, Untersuchen, Rückbauen, Testen oder einem ähnlichen Vorgang einer Nachkonstruktion zu unterziehen und die darin verkörperte vertrauliche Information zu erlangen, zu verwerten oder nachzuahmen (sog. Reverse Engineering). Das Verbot des Reverse Engineering gilt nicht, sofern der Lieferant nachweisen kann, dass die Produkte oder Gegenstände öffentlich verfügbar sind.

Die Pflicht zur Geheimhaltung entfällt, wenn der Lieferant nachweist, dass ihm die geheimhaltungsbedürftigen Informationen bereits vor Offenlegung durch uns bekannt waren oder wenn diese Informationen während der Dauer des Vertrages allgemein bekannt werden, ohne dass eine Vertragsverletzung des Lieferanten hierfür ursächlich war.

§ 16 Eigentumsvorbehalt des Lieferanten bei Lieferung von Waren

1. Mit der Lieferung werden wir Eigentümer der Ware.
2. Erfolgt jedoch abweichend von § 16 Nr. 1 dieser AEBs die Übereignung der Ware durch den Lieferanten an uns unter der Bedingung der vollständigen Kaufpreiszahlung, so erlischt der Eigentumsvorbehalt spätestens mit der Kaufpreiszahlung der gelieferten Ware und der Eigentumsvorbehalt hat nur die Wirkung eines einfachen Eigentumsvorbehalts. Wir sind in diesem Fall jedoch dennoch berechtigt, die Ware im ordnungsgemäßen Geschäftsgang auch vor der Kaufpreiszahlung weiter zu veräußern; die aus der Weiterveräußerung entstehenden Forderungen, zu deren Einziehung wir ermächtigt bleiben, treten wir an den Lieferanten ab, der die Abtretung hiermit annimmt. Gleichfalls sind wir berechtigt, die Ware vor der Kaufpreiszahlung zu verarbeiten, mit anderen Gegenständen zu vermischen oder zu verbinden.
3. Ausgeschlossen sind alle sonstigen Formen des Eigentumsvorbehalts, insbesondere der erweiterte, der weitergeleitete und der auf die Weiterverarbeitung verlängerte Eigentumsvorbehalt.

§ 17 Erfüllungsort, Rechtswahl und Gerichtsstand

1. Der Lieferort folgt aus § 5 Nr. 1 dieser AEBs. Zahlungs- und Erfüllungsort für alle sonstigen Verpflichtungen aus dem Vertrag mit dem Lieferanten, einschließlich der Erbringung von Nacherfüllungsleistungen und der Rückgewähr infolge eines Rücktritts, ist – in Ermangelung einer anderweitigen Regelung in der Bestellung – 32339 Espelkamp, Deutschland.
2. Für diese AEBs und die Vertragsbeziehung zwischen uns und dem Lieferanten gilt das Recht der Bundesrepublik Deutschland unter Ausschluss des UN-Kaufrechts.
3. Ist der Lieferant Kaufmann im Sinne des Handelsgesetzbuchs, juristische Person des öffentlichen Rechts oder ein öffentlich-rechtliches Sondervermögen, ist ausschließlicher Gerichtsstand für alle sich aus dem Vertragsverhältnis unmittelbar oder mittelbar ergebenden Streitigkeiten unser Geschäftssitz in 32339 Espelkamp, Deutschland. Wir sind jedoch in allen Fällen auch berechtigt, Klage am allgemeinen Gerichtsstand des Lieferanten zu erheben. Vorrangige gesetzliche Vorschriften, insbesondere zu ausschließlichen Zuständigkeiten, bleiben unberührt.

§ 18 Datenschutz

1. Wir legen großen Wert auf die Einhaltung des Datenschutzes entsprechend den geltenden Vorschriften der DSGVO und des BDSG. Alle Mitarbeitenden werden entsprechend den gesetzlichen Vorschriften belehrt und auf die Vertraulichkeit bei der Verarbeitung personenbezogener Daten

verpflichtet. Die Parteien sind verpflichtet, personenbezogene Daten unter Beachtung der gesetzlichen Bestimmungen zu verarbeiten.

2. Für die Erfüllung und Anbahnung des Vertrags werden personenbezogene Daten erhoben. Das sind regelmäßig der Name, die Adresse, Telefonnummer und E-Mail-Adresse des Ansprechpartners beim Lieferanten.
3. Die personenbezogenen Daten werden nach dem Grundsatz der Zweckbindung (Abwicklung des Vertrags), d. h. nur zu dem Zweck verarbeitet, zu dem sie beim Lieferanten erfasst wurden und die Vertraulichkeit und Integrität durch technische und organisatorische Maßnahmen, vor allem vor unberechtigtem Zugriff geschützt. Nach Beendigung des entsprechenden Vertragsverhältnisses und unter Berücksichtigung der Aufbewahrungsfristen (gesetzliche, zum Beispiel handels- und steuerrechtliche Archivierungspflichten, vertragliche, zum Beispiel wegen Gewährleistungsansprüchen) werden die gespeicherten Daten gelöscht.
4. Die Weitergabe von personenbezogenen Daten an Dritte erfolgt über die Erfüllung und Anbahnung des Vertrags hinaus nur bei entsprechender gesetzlicher Ermächtigung bzw. wenn die Betroffenen ausdrücklich darin eingewilligt haben.
5. Der Betroffene hat die Rechte auf Auskunft über die über ihn gespeicherten personenbezogenen Daten sowie auf Löschung, Berichtigung und Übertragung dieser Daten. Sofern die Verarbeitung der Daten auf einer Einwilligung beruht, hat der Betroffene das Recht, diese Einwilligung mit Wirkung für die Zukunft zu widerrufen. Sofern die Verarbeitung der Daten aus einem berechtigten Interesse von uns erfolgt, kann der Betroffene der weiteren Verarbeitung widersprechen. Darüber hinaus kann der Betroffene sich auch bei der zuständigen Aufsichtsbehörde beschweren.

§ 19 Sonstiges

1. Der Lieferant erklärt mit der Annahme unserer Bestellung (siehe § 2 Nr. 2 dieser AEBs) sein Einverständnis, dass er auf unsere Anfrage hin innerhalb angemessener Frist (längstens jedoch innerhalb von 6 Wochen nach Erhalt der Anfrage) alle angefragten Auskünfte (samt etwaiger Nachweise) zum Thema „Nachhaltigkeit“ erteilen/vorlegen wird, selbst wenn er nicht auskunftspflichtig im Sinne der für ihn direkt zur Anwendung kommenden gesetzlichen Vorschriften ist.
2. Sollten Bestimmungen dieser AEBs ganz oder teilweise unwirksam sein oder werden, bleiben die Bedingungen im Übrigen wirksam.
3. Zur Wahrung der Schriftform bedarf es weder einer eigenhändigen Namensunterschrift noch einer elektronischen Signatur. Mitteilungen mittels Telefax oder E-Mail genügen der Schriftform.

Espelkamp bzw. Adorf/Deutschland, August 2024